



Pressemitteilung

21.04.2023

Bahnhof Hausach

Mit Bedauern nahm das Ortenauer Klimabündnis den Beschluss des Hausacher Gemeinderats am Montag zur Kenntnis. Dieser hatte mit 11 zu 5 Stimmen beschlossen, dass sich die Stadt Hausach nicht mit 3 Millionen € am barrierefreien Ausbau des Bahnhofs beteiligt. Somit ist dieser Ausbau für die nächsten Jahre voraussichtlich erst einmal wieder zu den Akten gelegt. Für hunderte direkt betroffene Menschen in der Region, aber auch für viele Durchreisende, die an den Gleisen umsteigen müssen, sei dies nach Meinung des Bündnisses eine Katastrophe.

In einer Stellungnahme erklärt die Vereinigung, dass man ebenfalls die Meinung vertritt, es könne nicht Aufgabe der Kommune sein, diesen Bahnhof barrierefrei auszubauen. Hier sehe man ganz klar das Land, den Bund und die deutsche Bahn in der Pflicht. Gleichzeitig sei ein barrierefreier Bahnhof enorm wichtig, damit alle Bevölkerungsgruppen an einer sozial gerechten Mobilität teilnehmen können. Angesichts der immer weiter steigenden Preise und der zunehmenden Armut sei es die Pflicht der Gesellschaft, hier alles zu unternehmen, um diese Mobilität jeder und jedem zugänglich zu machen.

Deshalb kritisieren die Gruppen Lebenswertes Kinzigtal, Fridays for future, die Linke Liste Ortenau, der BUND Mittleres Kinzigtal sowie der ADFC als lokale Vertreter der Organisation die Entscheidung der Gemeinderäte als falsch. Das Gremium ignoriere die mehr als 2.100 gesammelten Unterschriften der Menschen, die sich für den Ausbau zur Barrierefreiheit ausgesprochen haben, wovon ca. 1.800 aus dem Kinzigtal kommen, völlig. Nach Meinung des Fridays for future Aktivisten und Hausacher Bürger Lukas Haack hätte der Gemeinderat wenigstens noch einmal die Hausacher Bevölkerung befragen können, wie diese zur Entscheidung stehe. So sei nun vor allem die Jugend enttäuscht, die sich immerhin mit über 200 Unterschriften aus den Hausacher Schulen beteiligte. Echte Demokratie sehe für diese anders aus. Jana Schwab vom ADFC Ortenau gibt in der Pressemitteilung bekannt, dass der Gemeinderat dem vorläufigen Beschluss durchaus hätte zustimmen können. Zur Finanzierung hätte man die umliegenden Gemeinden in Form eines Zweckverbandes mit in die Pflicht nehmen können, da diese ebenfalls von einem Ausbau des Hausacher Bahnhofs als Umsteigebahnhof profitierten. BUND-Vorstand Yannik Hinzmann hingegen ist vor allem über die geschlossene Ablehnung der SPD sehr irritiert. So habe sich diese bei jeder Aktion des Klimabündnisses daneben gestellt und behauptet, sie tue alles, um den Bahnhof barrierefrei umzubauen. Er erwarte von den Genossen jetzt, dass sie sich aktiv bei der SPD Bundestagsfraktion dafür einsetzen, dass hier Gelder vom Bund flößen und die Bahn von einem sehr maroden Unternehmen in eine Bahn für die Bürgerinnen und Bürger umgebaut werde.

Abschließend gibt Lu Martin von der LiLO noch den Hinweis, dass die 11 Gemeinderäte das Thema nun nicht zu den Akten legen dürften. Es solle auf kreative Art weiter gekämpft werden, indem die Bahn, der Bund und das Land mithilfe von betroffenen Personen verklagt werden. Die Stadt solle hierfür die anwaltlichen Kosten übernehmen und mithilfe des EU-Fahrgastrechts, der EU-Menschenrechtscharta, dem Grundgesetz und anderen Normen bzw. Gesetzen den Kampf für die Barrierefreiheit aufnehmen. Das Ortenauer Klimabündnis stelle sich hierbei gerne zur Verfügung.